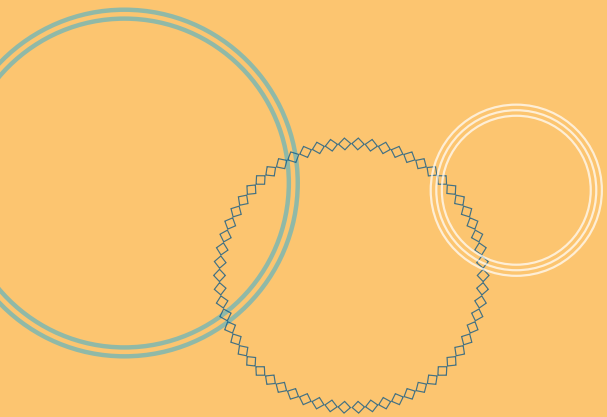




Europäisches Parlament

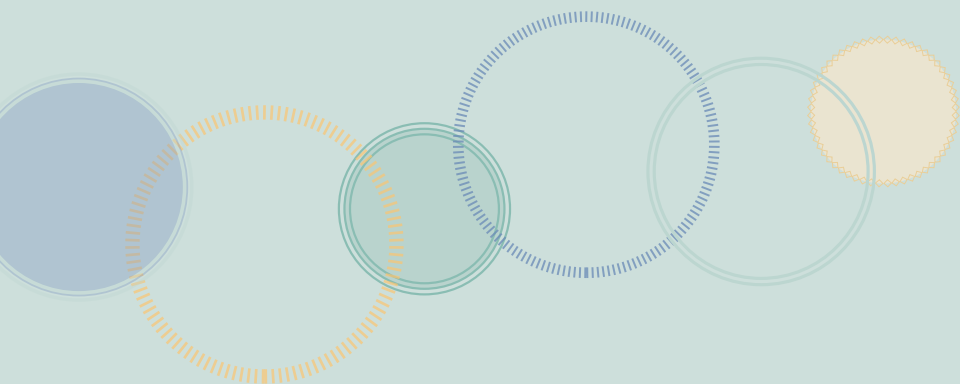
# DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DIE EUROPÄISCHE UNION





*Titelbild: Das Europäische Parlament in Straßburg*

# **DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DIE EUROPÄISCHE UNION**



## INHALT

### Seiten:

- 6-13 **Das Europäische Parlament**
- 14-17 **Die wesentlichen Aufgaben und Rechte des Europäischen Parlaments**
- 18-25 **Aufbau und Arbeitsweise des Europäischen Parlaments**
- 26-27 **Erlebnis Europa – die Ausstellung im Europäischen Haus Berlin**
- 28-39 **Die Organe der EU**
- 40-45 **So entstehen EU-Gesetze**
- 46-49 **Jugend- und Bildungsprogramme der EU**
- 50-53 **Preisverleihungen des Europäischen Parlaments**
- 54 **Impressum**



## DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT



















Die Vielfalt der Europäischen Union spiegelt sich im Europäischen Parlament (EP) wider: 751 Abgeordnete aus 28 EU-Mitgliedstaaten vertreten die Interessen der Unionsbürgerinnen und -bürger.

Das Europäische Parlament debattiert öffentlich über wichtige Zukunftsfragen und Herausforderungen der EU.

Am 23. Juni 2016 entschieden sich die Bürgerinnen und Bürger des Vereinigten Königreiches in einem Referendum dafür, die Europäische Union zu verlassen. Das Europäische Parlament bedauert, aber respektiert diese Entscheidung. Artikel 50 des Vertrages über die Europäische Union legt das Vorgehen für den Austritt eines Mitgliedstaates aus der EU fest. Sobald der Mitgliedstaat, der austreten möchte, dem Europäischen Rat diese Absicht mitteilt, wird ein Abkommen über die Einzelheiten des Austritts ausgehandelt. Das ausgehandelte Abkommen wird dann vom Rat im Namen der Union geschlossen – auch die Zustimmung des Europäischen Parlaments ist dafür erforderlich.





Land	Zahl der Europaabgeordneten nach der Europawahl 2014
 Deutschland	96
 Frankreich	74
 Vereinigtes Königreich	73
 Italien	73
 Spanien	54
 Polen	51
 Rumänien	32
 Niederlande	26
 Belgien	21
 Griechenland	21
 Tschechische Republik	21
 Portugal	21
 Ungarn	21
 Schweden	20
 Österreich	18
 Bulgarien	17
 Dänemark	13
 Finnland	13
 Slowakei	13
 Irland	11
 Kroatien	11
 Litauen	11
 Slowenien	8
 Lettland	8
 Estland	6
 Zypern	6
 Luxemburg	6
 Malta	6
<b>EU-28 insgesamt</b>	<b>751</b>

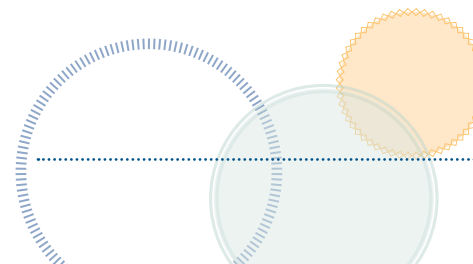
Seit Ende 2014 erlebt Europa eine Flüchtlingskrise, verursacht durch Krieg, Terror und die instabile Lage unweit Europas, insbesondere aufgrund der kriegерischen Auseinandersetzung in Syrien.

Nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR) sind 1.015.078 Menschen im Jahr 2015 über das Mittelmeer nach Europa gekommen. 3.771 Menschen sind bei der gefährlichen Überfahrt ums Leben gekommen. 2015 haben 1.321.660 Asylsuchende Schutz in der EU beantragt. Deutschland hat 2015 über eine Million Flüchtlinge im Rahmen humanitärer Hilfe ins Land einreisen lassen.

Bereits Ende 2014 forderte das Europäische Parlament in einer Entschließung die Mitgliedstaaten dazu auf, gegen Menschenhandel und -schmuggel in die und innerhalb der Europäischen Union vorzugehen und strenge Sanktionen einzuführen. Angesichts der Tragödie vieler Todesopfer im Mittelmeer, forderten die Europaabgeordneten wiederholt ein gemeinsames umfassendes Vorgehen der Europäischen Union, um weitere Todesfälle auf See zu verhindern.



Die Europäische Kommission hat im Mai 2015 im Rahmen der „Europäischen Migrationsagenda“ eine Reihe von Maßnahmen vorgeschlagen. Dazu gehören die Verdreifachung der EU-Präsenz auf hoher See, ein neues System der Nothilfesolidarität, um Asylsuchende aus den am meisten betroffenen EU-Ländern umzuverteilen bis hin zur Bereitstellung von mehr als 10 Mrd. Euro aus dem EU-Haushalt, um die Flüchtlingskrise zu lösen und den am meisten betroffenen Ländern zu helfen. Es wurde ein neuer Koordinierungs- und Kooperationsrahmen für die Länder des Westbalkans beschlossen und der Beginn einer neuen Partnerschaft mit der Türkei.





In einer Reihe von Gipfeln und Ministerratstreffen haben die Regierungen der Mitgliedstaaten 2015 versucht, sich auf einen gemeinsamen Weg zu einigen, wie die Flüchtlings- und Migrationsströme zu regulieren sind. Allerdings zeigte sich in den darauffolgenden Monaten, dass eine schnelle Umsetzung von Maßnahmen, insbesondere zur geplanten Umsiedlung, nicht erfolgte. Eine Anzahl Mitgliedstaaten schlossen aus Sicherheitsbedenken und angesichts der großen Anzahl von Flüchtlingen ihre Grenzen und führten wieder vorübergehende Grenzkontrollen ein.

Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments haben wiederholt gemahnt, dass die Mitgliedstaaten ihrer politischen Verantwortung gewahrt werden und zusammenarbeiten müssen, um gemeinsam diese Krise und das hohe Flüchtlingsaufkommen zu bewältigen.

Ein wirksamer Schutz der Außengrenzen der EU sei von entscheidender Bedeutung für die Aufrechterhaltung des Schengen-Raums mit Reisen ohne Passkontrollen.

Im März 2016 einigten sich die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten mit der Türkei auf eine Regelung, wie die irreguläre Einreise in die EU nach Griechenland unterbunden werden soll. Gleichzeitig wurden Möglichkeiten für Syrerinnen und Syrer vorgesehen, in die EU einzureisen, um einen Asylantrag stellen zu können.

### EU-Gesetzgebung

Das Europäische Parlament nimmt eine zentrale Stellung in der EU-Gesetzgebung ein, die den Alltag von rund 507 Millionen Menschen beeinflusst. Es ist mittlerweile in fast allen Politikbereichen der EU Mitgesetzgeber, und entscheidet dann zusammen mit dem Rat der Europäischen Union (in dem die Ministerinnen und Minister der Mitgliedstaaten versammelt sind) über EU-Gesetze. So ist zum Beispiel das Ende der Roaming-Gebühren zum 15. Juni 2017 per EU-Gesetzgebung bestimmt worden.

Zu den vom Europäischen Parlament 2015 verabschiedeten Gesetzen gehören auch:

#### Reiseschutz bei Online-Buchungen:

Online erstellte Pauschalreisen erhalten vergleichbaren Schutz wie Pauschalreisen, die über ein Reisebüro angeboten werden.

#### Kreditkarten-Gebühren:

Die Europaabgeordneten haben einheitliche EU-weite Vorschriften zur Deckelung von Kreditkartengebühren verabschiedet. Die Gebührenobergrenzen für Kartenzahlungen sowohl für grenzübergreifende als auch für inländische Zahlungen sollen Einsparungen für Verbraucherinnen und Verbraucher bringen.



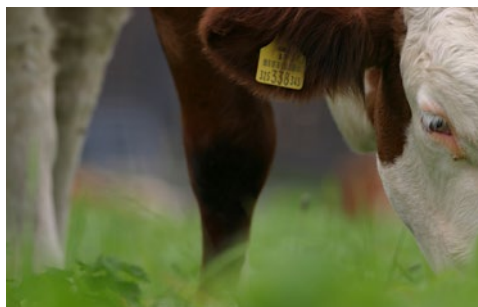
#### Plastiktüten:

Die Weltmeere drohen am Plastikmüll zu ersticken, auch durch Plastiktüten, die massenhaft in der EU verwendet und oft nur einmal genutzt werden. Laut Europäischer Kommission sind 2010 mehr als 8 Milliarden Plastiktüten in der EU zu Abfall geworden. Die Mitgliedstaaten müssen dagegen nun geeignete Maßnahmen ergreifen: entweder müssen sie dafür sorgen, dass im Durchschnitt bis 2019 nicht mehr als 90 sogenannte leichte Kunststofftragetaschen pro Person genutzt werden dürfen und bis 2025 nur noch 40 pro Person. Alternativ dürfen diese leichten Kunststofftragetaschen ab 2018 nicht mehr kostenfrei abgegeben werden.



### Biokraftstoffe:

Damit Biokraftstoffe nicht zu Monokulturen in der Landwirtschaft führen und weltweit die Agrarpreise verzerren, dürfen Biokraftstoffe, für die extra Pflanzen (Raps, Mais und anderes) angebaut werden, nicht mehr als 7 Prozent der Gesamtenergiemenge für Transport ausmachen. Die Mitgliedstaaten müssen dies bis 2017 umsetzen.



### Klon-Tiere:

Klon-Tiere bleiben in der EU verboten. Das Europäische Parlament betrachtet das Klonen von Tieren als Quälerei, unnötig und ethisch höchst bedenklich. In seiner Abstimmung hat das EP den ursprünglichen Vorschlag der Kommission zum Klonverbot von Nutztieren verschärft: das Verbot gilt für alle geklonten Nutztiere, die Nachkommen geklonter Tiere sowie von Produkten, die von ihnen stammen und die Einfuhr solcher Tiere und Produkte.

### eCall:

Das Europäische Parlament hat immer wieder erklärt, dass die Anzahl der Todesfälle und Schwere der Verletzungen im Straßenverkehr verringert werden müssen. Ab dem 31. März 2018 müssen nun alle Neufahrzeuge eine automatische Notruf-Funktion eingebaut haben. Bei einem schweren Unfall verständigt das Auto damit vollautomatisch – über die einheitliche europäische Notrufnummer 112 – die Rettungskräfte und übermittelt die genaue Position des Fahrzeuges. eCall als öffentliche Dienstleistung soll für Bürgerinnen und Bürger kostenlos und unabhängig von der Art des Fahrzeugs einsetzbar sein.

Die Website des Europäischen Parlaments und EuroparlTV informieren in den 24 Amtssprachen der EU über die Arbeit der Europaabgeordneten:

[www.europarl.europa.eu](http://www.europarl.europa.eu)  
[www.europarl.tv.europa.eu](http://www.europarl.tv.europa.eu)

Außerdem können alle Plenarsitzungen per Webstream abgerufen werden:

[www.europarl.europa.eu/ep-live/de/schedule](http://www.europarl.europa.eu/ep-live/de/schedule)

Als einziges EU-Organ wird das Europäische Parlament alle fünf Jahre von den Bürgerinnen und Bürgern der EU gewählt. Die Europawahl ist die größte multinationale Wahl der Welt. Im Mai 2014 wurden 751 Europaabgeordnete in das Europäische Parlament gewählt, davon 96 Abgeordnete aus Deutschland. Die nächste Europawahl findet 2019 statt.

Derzeit sind 14 Parteien aus Deutschland im Europäischen Parlament vertreten. Neben Abgeordneten der CDU / CSU, von SPD, Bündnis 90 / Die Grünen, DIE LINKE und der FDP gibt es nun erstmalig im Europäischen Parlament auch Vertreterinnen und Vertreter der Parteien Allianz für Fortschritt und Aufbruch (ALFA), Alternative für Deutschland (AfD), Die PARTEI, Familien-Partei Deutschlands, Freie Wähler, Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD), Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP) und Piratenpartei Deutschland.

Im Bürgerhandbuch des Informationsbüros des Europäischen Parlaments in Deutschland werden alle 96 Europaabgeordneten aus Deutschland mit Lebenslauf, Arbeitsbereichen und Kontaktadressen vorgestellt. Es kann online eingesehen oder als Broschüre bestellt werden:

<http://www.europarl.de/de/service/publikationen.html>

Als Unionsbürgerin oder -bürger können Sie sich auf verschiedenen Wegen an der Politik der Europäischen Union beteiligen: zum Beispiel indem Sie bei der Europawahl wählen, die Europaabgeordneten kontaktieren und mit ihnen diskutieren, oder durch die Einreichung einer Petition. Sie können auch durch die Teilnahme an einer Europäischen Bürgerinitiative die Europäische Kommission aufordern, in einem bestimmten Politikbereich, für den sie zuständig ist, einen neuen Gesetzgebungsvorschlag auszuarbeiten.

Mehr Informationen zur Einreichung einer Petition im Europäischen Parlament:

<http://www.europarl.europa.eu/atyourservice/de/20150201VL00037/Petitionen>

Mehr Informationen zur Europäischen Bürgerinitiative:

<http://ec.europa.eu/citizens-initiative/public/welcome?lg=de>





# DIE WESENTLICHEN AUFGABEN UND RECHTE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

## Das Gesetzgebungsrecht

Das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union sind die Gesetzgeber der Europäischen Union. Dies bedeutet, dass das Europäische Parlament und der Rat, in dem die Ministerinnen und Minister der Mitgliedstaaten zusammenkommen, über einen Großteil der EU-Gesetzgebung gemeinsam im sogenannten „Ordentlichen Gesetzgebungsverfahren“ entscheiden (Siehe auch Kapitel „So entstehen EU-Gesetze“).

## Die Haushaltsbefugnisse

In der Europäischen Union arbeiten das Europäische Parlament und der Rat gleichberechtigt als Haushaltsbehörde zusammen. Sie legen gemeinsam alle sieben Jahre einen mehrjährigen Finanzrahmen (MFF) fest und bewilligen einen jährlichen Haushaltsplan für alle Ausgaben des EU-Budgets.

Im mehrjährigen Finanzrahmen werden die jährlichen Höchstbeträge oder Obergrenzen festgelegt, die von der Europäischen Union in einem Zeitraum von mindestens fünf Jahren ausgegeben werden dürfen. Innerhalb der Vorgaben des MFF wird dann ein jährlicher Haushalt von EP und Rat verhandelt und festgelegt. Für 2016 betragen die sogenannten Zahlungsermächtigungen 143,9 Mrd. Euro.

## Parlamentarische Kontrollrechte

Ob in Städten, Regionen, Nationalstaaten oder in der EU – auf allen Ebenen kontrollieren gewählte Vertreterinnen und Vertreter der Bürgerinnen und Bürger die Exekutive, also diejenigen, die Gesetze ausführen und Geld ausgeben. Der Haushaltskontrollausschuss des Europäischen Parlaments wacht über die korrekte Verwendung der EU-Gelder und stützt sich für seine Arbeit auf den Rechnungshof der EU.

Das EP hat auch die Möglichkeit, einen Misstrauensantrag gegenüber der Europäischen Kommission zu stellen. Findet ein solcher eine Mehrheit, so müssen alle Kommissarinnen und Kommissare von ihrem Amt zurücktreten. Außerdem debattiert das Europäische Parlament regelmäßig über Entscheidungen und Projekte der Staats- und Regierungschefs. Um behauptete Verstöße gegen das Unionsrecht oder Missstände bei seiner Anwendung zu überprüfen, kann das EP auf Antrag eines Viertels seiner Mitglieder Untersuchungsausschüsse einsetzen. Diese Untersuchung kann die Organe oder Einrichtungen der EU, Behörden eines Mitgliedstaates oder Personen, die mit Anwendung des Unionsrechts beauftragt wurden, betreffen.



### Parlamentarische Zustimmung

Durch den Vertrag von Lissabon (am 1. Dezember 2009 in Kraft getreten) ist die Zustimmung des EP zu sehr vielen internationalen Verträgen erforderlich geworden, die zwischen der EU und Drittstaaten geschlossen werden. Neben Assoziierungsabkommen und Beitrittsverträgen mit neuen Mitgliedstaaten gilt dies nun auch für Abkommen zu Sachverhalten, über die innerhalb der Union das Europäische Parlament im Gesetzgebungsverfahren mitentscheidet oder denen es zumindest zustimmen muss.

### Demokratische Legitimation

Das Europäische Parlament spielt eine maßgebliche Rolle bei der Wahl der Kommissarinnen und Kommissare der Europäischen Kommission. Erstmals wählte es 2014 einen Kommissionspräsidenten, der dem EP vom Europäischen Rat unter Berücksichtigung des Ergebnisses der Europawahl vorgeschlagen worden war. Alle Kandidatinnen und Kandidaten für einen Kommissarsposten müssen sich zudem einer Anhörung im Europäischen Parlament stellen und dabei Auskunft über ihre Kompetenzen und politischen Standpunkte geben. Das gesamte Kollegium der EU-Kommission benötigt das Zustimmungsvotum des Parlaments, bevor es an die Arbeit gehen kann.



*Europaabgeordnete bei der Abstimmung im Plenum in Straßburg*



## AUFBAU UND ARBEITSWEISE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS



*Der Präsident des Europäischen Parlaments Martin Schulz*

### Präsident

Die Präsidentin oder der Präsident des Europäischen Parlaments vertritt das EP nach außen und in dessen Beziehungen zu den anderen EU-Organen und -Institutionen. Sie oder er leitet alle Arbeiten des Parlaments, übernimmt den Vorsitz in den Plenarsitzungen und unterzeichnet den Haushaltsplan sowie die zusammen mit dem Rat nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren verabschiedeten Rechtsakte.

Die Präsidentin oder der Präsident wird vom Plenum für eine Amtszeit von zweieinhalb Jahren, d. h. für eine halbe Wahlperiode gewählt und kann wiedergewählt werden.

Seit Januar 2012 ist der deutsche Europaabgeordnete Martin Schulz (SPD) Präsident des Europäischen Parlaments. Er wurde am 1. Juli 2014 als erster Präsident in der Geschichte des Europäischen Parlaments für weitere zweieinhalb Jahre gewählt.

### Die Europaabgeordneten

Im Europäischen Parlament sitzen derzeit 751 Abgeordnete. Der Vertrag von Lissabon legt fest, dass es mindestens sechs Abgeordnete pro Mitgliedstaat gibt und kein Mitgliedstaat mehr als 96 Sitze haben darf. Die Anzahl der Abgeordneten im EP pro Mitgliedstaat wird in Abhängigkeit der Bevölkerungsgröße der Mitgliedstaaten nach dem Prinzip der sogenannten „degressiven Proportionalität“ verteilt. Es schließt grundsätzlich aus, dass ein größerer Staat insgesamt mehr Abgeordnete pro Unionsbürger(in) entsendet als ein kleinerer Staat (Degressivkomponente). Es sichert aber auf der anderen Seite auch, dass ein größerer Staat stets mehr Abgeordnete entsendet als ein kleinerer Staat (Proportionalitätskomponente).

In ihrer täglichen Arbeit werden die Europaabgeordneten von Assistentinnen und Assistenten unterstützt.



Fraktionen

Die Abgeordneten des EP werden in den Mitgliedstaaten gewählt, sie arbeiten aber im Europäischen Parlament nicht nach ihrer nationalen Zugehörigkeit, sondern nach ihrer politischen Orientierung zusammen. Wie auch in den nationalen Parlamenten gibt es Fraktionen, in denen die Abgeordneten ähnlicher politischer Orientierung in politischen Familien organisiert sind. Im Europäischen Parlament hat keine der Fraktionen, die zusammen ein weites politisches Spektrum abdecken, eine absolute Mehrheit. Die Abgeordneten müssen bei den verschiedenen Themen Kompromisse finden. Sie diskutieren ihre Argumente und bilden Koalitionen. Jede Fraktion hat einen oder zwei Vorsitzende, einen Vorstand und ein Sekretariat. Bevor Berichte der parlamentarischen Ausschüsse im Plenum diskutiert und abgestimmt werden, werden sie in den Fraktionen erörtert, häufig mit dem Ergebnis, dass Änderungsanträge

im Plenum vorgelegt werden. Der Standpunkt der Fraktion wird durch Absprache innerhalb der Fraktion festgelegt, wobei kein Mitglied zu einer bestimmten Stimmabgabe verpflichtet werden kann. Die Fraktionen spielen auch eine wichtige Rolle bei der Festlegung der Tagesordnung der Plenarsitzungen. Das geschieht vor allem über ihre Vertreterinnen und Vertreter in der Konferenz der Präsidenten (Siehe auch S. 24).

Mitglieder der Fraktionen sind Abgeordnete, nicht Parteien. Um eine Fraktion zu bilden, müssen sich mindestens 25 Abgeordnete aus mindestens einem Viertel der Mitgliedstaaten (das bedeutet bei 28 Mitgliedstaaten gegenwärtig also mindestens sieben Mitgliedstaaten) zusammenschließen. Derzeit gibt es im Europäischen Parlament acht Fraktionen. Einige Europaabgeordnete sind fraktionslos.

Im Plenarsaal des Europäischen Parlaments in Straßburg



Die größte Fraktion mit 215 Mitgliedern ist die **Europäische Volkspartei (EVP)**, in der die 34 Abgeordneten von CDU und CSU Mitglied sind. Vorsitzender der EVP-Fraktion ist der CSU-Europaabgeordnete Manfred Weber. Die Fraktion der **Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament (S&D)** hat 189 Mitglieder; in dieser finden sich die 27 Europaabgeordneten der SPD. Die drittgrößte Fraktion ist die Fraktion der **Europäischen Konservativen und Reformer (EKR)** mit 74 Mitgliedern, darunter sechs aus Deutschland: fünf Mitglieder der Allianz für Fortschritt und Aufbruch (ALFA) und der Europaabgeordnete der Familien-Partei Deutschlands.

Die Fraktion der **Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE)** hat 70 Mitglieder, darunter drei deutsche Abgeordnete der FDP und die Abgeordnete der Freien Wähler. In der **Konföderalen Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken / Nordische Grüne Linke (VEL / NGL)** sind insgesamt 52 Abgeordnete, darunter sieben der Partei DIE LINKE und ein parteiloser Abgeordneter. Die deutsche Europaabgeordnete Gabriele Zimmer (DIE LINKE) ist Vorsitzende der Fraktion VEL / NGL.

In der Fraktion der **Grünen / Freie Europäische Allianz (Grüne / EFA)** haben sich 50 Abgeordnete zusammengeschlossen, darunter elf Abgeordnete von Bündnis 90 / Die Grünen, der Abgeordnete der ÖDP und die Abgeordnete der Piratenpartei Deutschland. Ko-Vorsitzende der Fraktion Grüne / EFA ist die deutsche Europaabgeordnete Rebecca Harms (Bündnis 90 / Die Grünen). In der Fraktion **Europa der Freiheit und der direkten Demokratie (EFDD)** haben sich 46 Mitglieder des EP zusammengeschlossen, darunter ein Mitglied der Alternative für Deutschland (AfD). Zur Fraktion **Europa der Nationen und der Freiheit (ENF)** gehören 39 Europaabgeordnete. Auch in dieser Fraktion gibt es einen deutschen Abgeordneten der AfD. 16 Abgeordnete des EP sind **fraktionslos**; dazu gehören der deutsche Abgeordnete der NPD und der Abgeordnete von Die PARTEI (Stand 11. Juli 2016).



Fraktionen im EP	EVP	S&D	EKR	ALDE	VEL/NGL	Grüne/ EFA	EFDD	ENF	Fraktions- los	gesamt
Zahl der MdEP	215	189	74	70	52	50	46	39	16	751
davon deutsche MdEP	34	27	6	4	8	13	1	1	2	96

MdEP: Mitglieder des Europäischen Parlaments / Stand: 11.07.2016



## Ausschüsse

Um die vielen unterschiedlichen Themen und Gesetzesvorschläge sachgerecht und fachkundig behandeln zu können, spezialisieren sich die Abgeordneten. Sie werden in Ausschüsse gewählt, die für bestimmte Sachbereiche zuständig sind und die Plenarsitzungen vorbereiten. Derzeit gibt es 20 ständige Ausschüsse und zwei Unterausschüsse.

In den Ausschüssen wird ein wichtiger Teil der parlamentarischen Arbeit, insbesondere der gesetzgeberischen Tätigkeit, geleistet. In den Ausschüssen werden zunächst die Gesetzesvorschläge der Europäischen Kommission beraten und verändert, bevor sie dem Plenum zur Abstimmung vorgelegt werden. Auch die Beiträge des Rates werden zunächst in den jeweiligen Ausschüssen diskutiert. Die Fraktionen sind entsprechend ihrer Größe in den Ausschüssen vertreten.

Die Ausschusssitzungen finden ein bis zwei Mal pro Monat in Brüssel statt, ihre Debatten sind öffentlich. Das Europäische Parlament kann auch nichtständige Ausschüsse (Sonderausschüsse) und Untersuchungsausschüsse zu bestimmten wichtigen Themen einsetzen.

So setzte das EP Anfang 2015 zum Beispiel einen Sonderausschuss zu Steuervorbescheiden und anderen Maßnahmen ähnlicher Art oder Wirkung (TAXE 1) ein. Dieser sechsmonatige Ausschuss sollte bewerten, wie transparent die Mitgliedstaaten in Bezug auf ihre Steuerabsprachen sind und wie die Europäische Kommission diese „Steuervorbescheide“ im



Rahmen bestehender Regeln zu staatlichen Beihilfen untersucht. Außerdem sollte der Sonderausschuss auch untersuchen, welche negativen Auswirkungen aggressive Steuerplanung auf die öffentlichen Finanzen in der EU hat und Empfehlungen vorlegen. In seinem Bericht forderte der Ausschuss, dass multinationale Unternehmen Steuern dort zahlen sollten, wo sie ihre Gewinne erwirtschaften. Seit Anfang Dezember 2015 knüpfte der neu eingerichtete Sonderausschuss TAXE 2 an die Arbeit des Sonderausschusses TAXE 1 an.

Im Dezember 2015 entschied das Europäische Parlament, einen Untersuchungsausschuss „Emissionsmessungen in der Automobilindustrie“ (EMIS) einzusetzen. Der Ausschuss soll mutmaßliche Verstöße der Automobilindustrie gegen das Unionsrecht im Zusammenhang mit Emissionsmessungen prüfen. Ebenso sollen angebliche Versäumnisse der Kommission und der Behörden der Mitgliedstaaten, das EU-Recht durchzusetzen, untersucht werden.

## Delegationen

Aufgabe der Delegationen im Europäischen Parlament ist die Pflege der Beziehungen und der Informationsaustausch mit Parlamenten in Drittländern. Derzeit gibt es 44 Delegationen mit zwölf bis mehr als 70 Mitgliedern pro Delegation. Die interparlamentarischen Treffen finden ein- bis zweimal pro Jahr an einem der Arbeitsorte des Europäischen Parlaments oder an einem vom Partnerparlament gewählten Ort im jeweiligen Drittland statt.

## Arbeitsorte und Sitzungen

Der Sitz des Europäischen Parlaments ist in Straßburg in Frankreich. Hier finden pro Jahr zwölf knapp einwöchige Plenarsitzungen statt. Zu den Arbeitsorten des EP gehören neben Straßburg auch Brüssel (Belgien) und Luxemburg.

Zwischen den Sitzungswochen tagen die Ausschüsse und die Fraktionen des Parlaments in Brüssel, um einen ständigen Kontakt zur Kommission und zum Rat zu halten, die dort ansässig sind. In Luxemburg befindet sich ein Großteil der Verwaltung des Europäischen Parlaments. Da die Abgeordneten aus allen EU-Mitgliedstaaten kommen, ist die Sprachenvielfalt groß: Das Europäische Parlament arbeitet in allen 24 Amtssprachen der EU.



## Politische Organe

Im Europäischen Parlament gibt es eine Reihe von politischen Organen, welche die Arbeit des EP organisieren und gestalten:

### a) Die Konferenz der Präsidenten

Die Konferenz der Präsidenten ist das politische Leitungsorgan des Europäischen Parlaments. Sie besteht aus dem Präsidenten des EP und den Vorsitzenden der Fraktionen. Auch eine Vertreterin oder ein Vertreter der fraktionslosen Mitglieder gehört der Konferenz der Präsidenten an, besitzt aber kein Stimmrecht. Die Konferenz der Präsidenten organisiert die Arbeiten des EP wie z. B. den Zeitplan und die Tagesordnungen der Plenartagungen, die Zuständigkeiten der Ausschüsse und Delegationen und ihre Zusammensetzung sowie die Planung des Gesetzgebungsprogramms.

### b) Das Präsidium

Das Präsidium des Europäischen Parlaments ist statutarisches Leitungsorgan des EP und behandelt alle Fragen im Bereich Verwaltung, Personal und Organisation. Außerdem ist es für die Aufstellung des Haushaltsvoranschlags des EP zuständig. Das Präsidium besteht aus dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, 14 Vizepräsidentinnen / Vizepräsidenten und fünf Quästorinnen / Quästoren, die vom Plenum für eine Amtszeit von zweieinhalb Jahren gewählt werden und wiedergewählt werden können.

Die 14 Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten vertreten den Präsidenten und haben jeweils einen speziellen Aufgabenbereich. Die deutschen Abgeordneten Rainer Wieland (CDU) und Alexander Graf Lambsdorff (FDP) sind derzeit Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments.



Die zwei deutschen Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments: Rainer Wieland (links) und Alexander Graf Lambsdorff (rechts)

### c) Das Kollegium der Quästoren

Die fünf Quästorinnen und Quästoren befassen sich mit Verwaltungs- und Finanzaufgaben, die unmittelbar die Europaabgeordneten betreffen.

### d) Die Konferenz der Ausschussvorsitzenden

In der Konferenz der Ausschussvorsitzenden treffen sich die Vorsitzenden aller ständigen und nichtständigen Ausschüsse im EP. Sie sorgt für die reibungslose Zusammenarbeit der parlamentarischen Ausschüsse.

### e) Die Konferenz der Delegationsvorsitzenden

Die Konferenz der Delegationsvorsitzenden, der die Vorsitzenden aller ständigen interparlamentarischen Delegationen angehören, sorgt für den ordnungsgemäßen Ablauf der Delegationstätigkeiten.

### Generalsekretariat

Zur Unterstützung der Europaabgeordneten und des EP gibt es auch eine Verwaltung, das Generalsekretariat. Es koordiniert die Legislativarbeiten, die Organisation der Plenartagungen und anderer Sitzungen, unterstützt die Europaabgeordneten in technischer Hinsicht und durch fachliche Beratung und gewährleistet die notwendigen Übersetzungs- und Dolmetschertätigkeiten.



Das Europäische Haus in Berlin

## Informationsbüros des Europäischen Parlaments in Deutschland

In allen Mitgliedstaaten der EU gibt es Informationsbüros des Europäischen Parlaments. Die Mitarbeiter der Informationsbüros informieren über die Arbeit des EP, organisieren Informationsveranstaltungen, Debatten mit den Europaabgeordneten zu europäischen Themen und neu geplanter EU-Gesetzgebung, verfassen Publikationen und halten Vorträge. In Deutschland gibt es zwei Informationsbüros des EP:

### Informationsbüro in Deutschland

Unter den Linden 78  
10117 Berlin  
Telefon: (030) 2280 1000  
Telefax: (030) 2280 1111  
E-Mail: [epberlin@ep.europa.eu](mailto:epberlin@ep.europa.eu)

Verkehrsverbindung  
Haltestelle „Brandenburger Tor“  
Buslinien: 100, TXL  
S-Bahnlinien: S1, S2, S25  
U-Bahnlinie: U55

### Informationsbüro in München

Bob-van-Bentham Platz 1  
80469 München  
Telefon: (089) 2020 879-0  
Telefax: (089) 2020 879-73  
E-Mail: [epmuenchen@ep.europa.eu](mailto:epmuenchen@ep.europa.eu)

Verkehrsverbindung  
Haltestelle „Baaderstraße“: Buslinien: 52, 152  
S-Bahn-Haltestelle „Isartor“: alle S-Bahnen  
U-Bahn-Haltestelle „Fraunhoferstraße“:  
U1 und U2



# Erlebnis Europa – die Ausstellung im Europäischen Haus Berlin

Nur ein paar Schritte vom Brandenburger Tor entfernt, lädt die Dauerausstellung **ERLEBNIS EUROPA** im Europäischen Haus zu einer Reise durch Europa und die Europäische Union ein.

In einem 360°-Kino können Sie eine Plenarsitzung des Europäischen Parlaments erleben. Oder Sie schlüpfen bei einem Planspiel direkt in die Rolle eines Europaabgeordneten oder Kommissars der Europäischen Union. Schauen Sie, wie die Menschen in Europa leben und lernen Sie, wie die Europäische Union funktioniert. Und das in 24 europäischen Sprachen.

Sie können auch Ihr ganz persönliches Foto aus dem ERLEBNIS EUROPA schicken, Mails an Ihre Europaabgeordneten schreiben und sich alle Ihre Fragen zur EU beantworten lassen.

Die Ausstellung ERLEBNIS EUROPA ist täglich geöffnet, der Eintritt ist frei.

## ERLEBNIS EUROPA – die Ausstellung im Europäischen Haus Berlin

Unter den Linden 78

10117 Berlin

[www.erlebnis-europa.eu](http://www.erlebnis-europa.eu)

Telefon: (030) 2280 2900

E-Mail: [frage@erlebnis-europa.eu](mailto:frage@erlebnis-europa.eu)

## Öffnungszeiten

Täglich 10-18 Uhr

## Verkehrsverbindung

Haltestelle „Brandenburger Tor“

Buslinien: 100, TXL

S-Bahnlinien: S1, S2, S25

U-Bahnlinie: U55







## DIE ORGANE DER EU

Es gibt sieben Organe der Europäischen Union:

- 1. Europäisches Parlament**
- 2. Europäischer Rat**
- 3. Rat der EU**
- 4. Europäische Kommission**
- 5. Gerichtshof der Europäischen Union**
- 6. Europäische Zentralbank**
- 7. Rechnungshof**

### 1. Europäisches Parlament

Im Europäischen Parlament (EP) vertreten 751 Abgeordnete aus 28 EU-Mitgliedstaaten die Interessen der Unionsbürgerinnen und -bürger, davon 96 Abgeordnete aus Deutschland. Das Europäische Parlament debattiert öffentlich über wichtige Zukunftsfragen der Europäischen Union und entscheidet über EU-Gesetze, die den Alltag von rund 507 Millionen Menschen beeinflussen. Es ist mittlerweile in fast allen Politikbereichen der EU Mitgesetzgeber und erlässt dann zusammen mit dem Rat der Europäischen Union EU-Rechtsvorschriften.



*Der Kommissionspräsident und der Präsident des Europäischen Rates im Europäischen Parlament in Straßburg*

Zusammen mit dem Rat bildet es auch die oberste Haushaltsbehörde der EU und legt mit ihm den jährlichen Haushaltsplan fest. Das EP kontrolliert die ordnungsgemäße Verwendung der EU-Mittel. Es wählt den Kommissionspräsidenten und genehmigt die Ernennung der gesamten Kommission. Durch den Vertrag von Lissabon ist die Zustimmung des EP zu sehr vielen internationalen Verträgen erforderlich geworden, die zwischen der EU und Drittstaaten geschlossen werden.

[www.europarl.europa.eu/portal/de](http://www.europarl.europa.eu/portal/de)

## 2. Europäischer Rat

Im Europäischen Rat treffen sich die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten mindestens vier Mal im Jahr zu EU-Gipfeltreffen. Sie legen die allgemeinen politischen Ziele und Prioritäten der EU fest und beraten wichtige zukunftsweisende Projekte für die EU. Der Europäische Rat wird aber nicht gesetzgeberisch tätig. Das Tagesgeschäft der Gesetzgebung ist Sache des Rates und des Europäischen Parlaments.

Zum Europäischen Rat gehören neben den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten auch der Präsident des Europäischen Rates und der Präsident der Europäischen Kommission.

Das Amt des Präsidenten des Europäischen Rates wurde mit dem Vertrag von Lissabon, der zum 1. Dezember 2009 in Kraft trat, neu geschaffen. Die Präsidentin oder der Präsident übernimmt den Vorsitz bei den Arbeiten des Europäischen Rates und soll Zusammenarbeit und Konsens fördern. Seit 1. Dezember 2014 ist der ehemalige polnische Ministerpräsident Donald Tusk Präsident des Europäischen Rates. Die Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, nimmt ebenfalls an den Sitzungen des Europäischen Rates teil.

In seiner täglichen Arbeit wird der Europäische Rat von einem Generalsekretariat unterstützt.

[www.consilium.europa.eu/de/european-council/](http://www.consilium.europa.eu/de/european-council/)



Der Präsident des Europäischen Rates Donald Tusk

## 3. Rat der Europäischen Union

Im Rat der Europäischen Union sitzen die jeweiligen Ministerinnen und Minister der nationalen Regierungen der Mitgliedstaaten.

Wichtigste Aufgabe des Rates ist, gemeinsam mit dem Europäischen Parlament gesetzgeberisch tätig zu werden und ebenfalls zusammen mit dem EP die Haushaltsbefugnisse auszuüben. Rat und EP sind gemeinsam die oberste Haushaltsbehörde der EU und legen zusammen den Haushaltsplan für jedes Jahr fest. Im Rat sind die Regierungen der 28 Mitgliedstaaten vertreten. Jedes der EU-Länder entsendet eine Ministerin oder einen Minister. Je nach Themenbereich, der zu behandeln ist, kann sich der Rat in zehn verschiedenen Zusammensetzungen treffen:



EU-Gipfeltreffen des Europäischen Rates

Die Außenministerinnen und Außenminister der 28 Mitgliedstaaten bilden die Räte

- a) Allgemeine Angelegenheiten und
- b) Auswärtige Angelegenheiten.

Daneben gibt es die Räte für

- c) Wirtschaft und Finanzen,
- d) Justiz und Inneres,
- e) Verkehr, Telekommunikation und Energie,
- f) Landwirtschaft und Fischerei,
- g) Umwelt,
- h) Bildung, Jugend, Kultur und Sport,
- i) Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz, und
- j) Wettbewerbsfähigkeit (Binnenmarkt, Industrie, Forschung und Raumfahrt).

Den Vorsitz im Rat „Auswärtige Angelegenheiten“ hat die Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik. In allen anderen Ratsformationen hat den Vorsitz ein Vorsitzland (Präsidentschaft), das alle sechs Monate wechselt. Im Jahr 2016 haben die Niederlande und die Slowakei den Vorsitz im Rat, Anfang 2017 Malta.

Nur bei sehr sensiblen Politikbereichen wie der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik oder der Steuerpolitik beschließt der Rat einstimmig. In den meisten Fällen aber fasst er seine Beschlüsse mit qualifizierter Mehrheit. In seiner täglichen Arbeit wird der Rat von einem Generalsekretariat unterstützt, das z.B. Sitzungen vorbereitet, den Dolmetschendienst organisiert, Übersetzungen anfertigt und juristische Gutachten erstellt.

[www.consilium.europa.eu](http://www.consilium.europa.eu)



## Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik

Dem Rat „Auswärtige Angelegenheiten“ gehören die Außenministerinnen und Außenminister der EU-Mitgliedstaaten an. Mit dem Vertrag von Lissabon wurde das neue Amt der Hohen Vertreterin / des Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik geschaffen. Die oder der Hohe Vertreter(in) leitet die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU und repräsentiert sie nach außen. Zu den Aufgaben gehört auch der Vorsitz im Rat „Auswärtige Angelegenheiten“. Sie oder er gehört zugleich der Europäischen Kommission als Vizepräsident(in) an. Die Hohe Vertreterin / der Hohe Vertreter wird vom Europäischen Rat mit qualifizierter Mehrheit und mit Zustimmung des Kommissionspräsidenten ernannt. Zusammen mit allen Mitgliedern der Kommission und dem Kommissionspräsidenten unterliegt sie / er auch einem Zustimmungsvotum des Europäischen Parlaments.



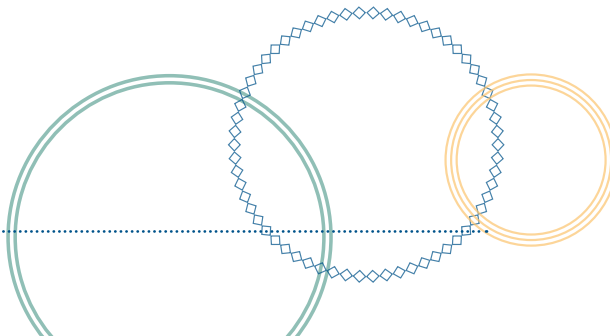
*Die Hohe Vertreterin  
für Außen- und  
Sicherheitspolitik  
Federica Mogherini*

Seit Beginn der Amtszeit der neuen Europäischen Kommission (2014–2019) am 1. November 2014 hat die ehemalige italienische Außenministerin Federica Mogherini dieses Amt übernommen. Sie wurde vom Europäischen Rat bis zum 31. Oktober 2019 zur neuen Hohen Vertreterin ernannt.

Unterstützt wird die Hohe Vertreterin vom Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD).

Das Personal des EAD setzt sich zu rund einem Drittel aus abgeordneten Diplomatinen und Diplomaten aus den Außenministerien der Mitgliedstaaten und zu ca. zwei Dritteln aus EU-Beamtinnen und -Beamten zusammen.

[www.eeas.europa.eu/index\\_de.htm](http://www.eeas.europa.eu/index_de.htm)



### Europäische Kommission

#### Vertretung in Deutschland

Unter den Linden 78, 10117 Berlin

Telefon: (030) 22 80 20 00

E-Mail: [eu-de-kommission@ec.europa.eu](mailto:eu-de-kommission@ec.europa.eu)

Internet: [www.eu-kommission.de](http://www.eu-kommission.de)

#### Vertretung in München

Bob-van-Bentham-Platz 1, 80469 München

Telefon: (089) 24 24 48-0

E-Mail: [eu-de-muenchen@ec.europa.eu](mailto:eu-de-muenchen@ec.europa.eu)

#### Vertretung in Bonn

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4, 53111 Bonn

Telefon: (0228) 53 00 90

E-Mail: [eu-de-bonn@ec.europa.eu](mailto:eu-de-bonn@ec.europa.eu)

## 4. Europäische Kommission

Zur Europäischen Kommission gehören derzeit eine Kommissarin oder ein Kommissar pro Mitgliedstaat, d.h. sie hat 28 Mitglieder. Sie handeln im Interesse der gesamten Union. Die Amtszeit des Kollegiums der Kommission beträgt fünf Jahre und fällt mit der Legislaturperiode des Europäischen Parlaments zusammen. Im Anschluss an die Europawahl im Mai 2014 hat das Europäische Parlament den Präsidenten der Europäischen Kommission gewählt, der vom Europäischen Rat vorgeschlagen wurde.

Beim Vorschlag ihres Kandidaten mussten die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten im Europäischen Rat erstmalig die Ergebnisse der Europawahl berücksichtigen. So hatten die Wählerinnen und Wähler bei der Europawahl 2014 die Möglichkeit, mit ihrer Stimme die Besetzung des Präsidentenamtes der Europäischen Kommission zu beeinflussen. Alle großen europäischen Parteien präsentierten vor der Europawahl eine Spitzenkandidatin oder einen Spitzenkandidaten für dieses Amt. Die Europäische Volkspartei (EVP) errang bei der Europawahl die meisten Sitze im EP. Ihr Spitzenkandidat, der ehemalige luxemburgische Ministerpräsident Jean-Claude Juncker wurde daraufhin vom Europäischen Rat dem Europäischen Parlament als Kandidat vorgeschlagen. Die Europaabgeordneten stimmten am 15. Juli 2014 mit 422 Stimmen für Jean-Claude Juncker als neuen Kommissionspräsidenten. Im nächsten Schritt benannten die Staats- und Regierungschefs aller Mitgliedstaaten die Kandidatinnen und Kandidaten für die Posten der 27 weiteren Kommissare.



*Der Präsident  
der Europäischen  
Kommission  
Jean-Claude Juncker*

Alle diese sogenannten designierten Kommissarinnen und Kommissare müssen ein „Aufnahmeverfahren“ vor dem Europäischen Parlament durchlaufen. In öffentlichen Anhörungen in den verschiedenen EP-Ausschüssen prüfen die Europaabgeordneten, ob jede Kandidatin und jeder Kandidat für das Amt und die damit verbundenen Aufgaben geeignet ist. Erst wenn das EP mit allen designierten Kommissarinnen und Kommissaren einverstanden ist, gibt es ein abschließendes Zustimmungsvotum im EP über die gesamte Kommission. Am 22. Oktober 2014 wurde das Kollegium der 27 Kommissarinnen und Kommissare von den Europaabgeordneten mit 423 Ja-Stimmen bei 209 Nein-Stimmen und 67 Enthaltungen gebilligt. Anschließend hat der Europäische Rat am 24. Oktober 2014 den Beschluss zur Ernennung der Europäischen Kommission angenommen. Seit 1. November 2014 ist die neue Kommission 2014–2019 offiziell im Amt. Neben dem Kommissionspräsidenten gibt es sieben Vizepräsidentinnen und -präsidenten – einschließlich eines Ersten Vizepräsidenten und der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik – sowie 20 Kommissarinnen und Kommissare mit unterschiedlichen Ressortzuständigkeiten.





*Die Europäische Kommission 2014 – 2019*



*Der deutsche EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft Günther H. Oettinger*

Darüber hinaus bilden die Kommissionsmitglieder erstmalig sogenannte Projektteams. Diese Teams kümmern sich um einen der folgenden sieben Politikbereiche: Arbeitsplätze, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit; Digitaler Binnenmarkt; Energieunion; Euro und sozialer Dialog; Bessere Rechtsetzung und interinstitutionelle Beziehungen; Haushalt und Personal; Europa in der Welt.

Aus Deutschland kommt der Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft Günther H. Oettinger.

Nach dem Referendum im Vereinigten Königreich hat am 25. Juni 2016 der britische Kommissar Lord Hill seinen Rücktritt erklärt.

Mit dem Begriff Europäische Kommission bezeichnet man darüber hinaus ebenfalls die Verwaltung der EU, die dem Kollegium der Kommissare untersteht. Rund 25.000 Kommissionsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter arbeiten in verschiedenen „Generaldirektionen“ oder „Diensten“.

Zu den Hauptaufgaben der Europäischen Kommission gehören:

#### **a) Initiativrecht**

Die Europäische Kommission besitzt das Initiativrecht im EU-Gesetzgebungsverfahren, d.h. sie schlägt dem Europäischen Parlament und dem Rat neue EU-Rechtsvorschriften vor.

#### **b) Verwaltung und Ausführung des EU-Haushalts**

Die Europäische Kommission ist auch für die Verwaltung und Ausführung des EU-Haushalts verantwortlich. Sie stellt den Entwurf des Haushaltsplanes der EU auf. Der Rat und das Europäische Parlament diskutieren und ändern gegebenenfalls diesen Entwurf. Nach der Verabschiedung des Haushalts durch das Europäische Parlament und den Rat beginnt dann die konkrete Arbeit: die Ausführung des Haushaltsplanes, also das korrekte Ausgeben des Geldes für politische Maßnahmen und EU-Programme. Die Kommission ist für die Durchführung bzw. Kontrolle der Ausführung der vom EP und vom Rat beschlossenen Strategien und Programme zuständig. Dazu gehören insbesondere die zahlreichen Förderprogramme. Alle Finanzmittel werden von der Kommission verwaltet, für 2016 betragen die sogenannten Zahlungsermächtigungen 143,9 Mrd. Euro. Rund 80 Prozent der Haushaltsmittel werden von der Kommission an die Mitgliedstaaten geleitet, die dann für die Auszahlung an die Empfangsberechtigten, z.B. im Bereich Landwirtschaft, verantwortlich sind.



*Das Berlaymont-Gebäude, Sitz der Europäischen Kommission in Brüssel*

#### **c) Hüterin der Verträge**

Außerdem ist die Europäische Kommission für die Umsetzung der erlassenen Rechtsvorschriften zuständig. Sie überwacht – unter der Kontrolle des Gerichtshofs der Europäischen Union – als sogenannte „Hüterin der Verträge“ die Einhaltung des EU-Rechts. Wenn ein Mitgliedstaat gegen EU-Recht verstößt, kann die Europäische Kommission ein „Vertragsverletzungsverfahren“ eröffnen und den Mitgliedstaat, der ihrer Ansicht nach gegen EU-Recht verstoßen hat, zu einer Stellungnahme auffordern. Kann der Sachverhalt so nicht abschließend geklärt werden, leitet die Kommission den Fall an den Gerichtshof der Europäischen Union weiter. Seine Urteile sind für alle Mitgliedstaaten ebenso wie für die Organe der EU bindend.

#### **d) Stimme der EU in der Welt**

Die Kommission erhält vom Rat das Mandat für den Abschluss von Abkommen mit Drittstaaten und führt Verhandlungen mit internationalen Organisationen wie der Welthandelsorganisation. Die Europäische Kommission ist zudem zuständig für die Hilfs- und Entwicklungsprogramme der EU.

[www.ec.europa.eu](http://www.ec.europa.eu)



*Der Gerichtshof der Europäischen Union in Luxemburg*

## 5. Gerichtshof der Europäischen Union

Seit 1952 wacht der Gerichtshof der Europäischen Union über die Auslegung und Anwendung des EU-Rechts in allen Mitgliedstaaten.

Zu seinen Aufgaben gehört:

- zu überprüfen, ob die **Organe der Europäischen Union** rechtmäßig gehandelt haben;
- zu überwachen, dass die **Mitgliedstaaten** allen Verpflichtungen durch die Verträge nachkommen. Der Gerichtshof entscheidet beispielsweise, ob in einem Einzelfall von einem Mitgliedstaat gegen EU-Recht verstoßen wurde;
- **Unionsrecht auszulegen**, wenn nationale Gerichte ihn darum ersuchen. Er entscheidet endgültig, wie strittige Passagen in den Verträgen zu verstehen sind.

Der Gerichtshof ist das höchste Gericht der EU und befugt, in Rechtsstreitigkeiten zwischen Mitgliedstaaten, EU-Institutionen und -Organen, Unternehmen und Privatpersonen zu entscheiden.

Nationale Gerichte müssen seine Urteile anerkennen und in ihrer Rechtsprechung berücksichtigen. Die Urteile des Gerichtshofs der Europäischen Union gelten in allen Mitgliedstaaten gleichermaßen. Der Gerichtshof gestaltet dadurch EU-Recht fort und sichert, dass das Unionsrecht in allen Mitgliedstaaten gleich ausgelegt wird.

Der Gerichtshof der Europäischen Union hat seinen Sitz in Luxemburg. Pro Mitgliedstaat gibt es je eine Richterin oder einen Richter. Sie werden von den Regierungen der Mitgliedstaaten im gegenseitigen Einvernehmen auf sechs Jahre ernannt; eine Wiederernennung ist möglich. Außerdem gibt es neun Generalanwältinnen und Generalanwälte. Sie unterstützen den Gerichtshof und erstellen unparteiisch und unabhängig Rechtsgutachten, die sogenannten „Schlussanträge“, zu den Rechtssachen, die ihnen von den Richterinnen und Richtern zugewiesen werden.

[www.curia.europa.eu](http://www.curia.europa.eu)



*Die Europäische Zentralbank in Frankfurt am Main*



*Der Präsident der Europäischen Zentralbank Mario Draghi*

## 6. Europäische Zentralbank

Die Europäische Zentralbank (EZB) mit Sitz in Frankfurt am Main ist für die Festlegung und Durchführung der Geldpolitik für das Euro-Währungsgebiet zuständig. Sie achtet auf die Preisstabilität in Europa, indem sie die umlaufende Geldmenge reduziert oder erhöht. Dies geschieht in der Regel durch Änderung der Zinssätze. Die EZB hat durch die Steuerung der Geldmenge und die Festlegung der Zinssätze einen erheblichen Einfluss auf die Wirtschaft. Sie ist völlig unabhängig und darf auch von der Politik nicht beeinflusst werden. Präsident der EZB ist Mario Draghi.

Ihr wichtigstes Beschlussorgan ist der EZB-Rat. Er tritt alle zwei Wochen zusammen. Ihm gehören die sechs Mitglieder des Direktoriums sowie die Präsidenten der nationalen Zentralbanken der 19 Länder des Euroraums an. Die Europäische Zentralbank hat das ausschließliche Recht, die Ausgabe von Euro-Banknoten zu genehmigen. Die Europäische Zentralbank und die nationalen Zentralbanken, die zum Europäischen System der Zentralbanken zusammengeschlossen sind, dürfen Euro-Banknoten ausgeben. Anders ist es mit den Euro-Münzen. Diese können von den Mitgliedstaaten ausgegeben werden, doch die Europäische Zentralbank genehmigt vorher, wie viele Münzen geprägt werden dürfen.

[www.ecb.int](http://www.ecb.int)



## 7. Rechnungshof

Wer Steuern zahlt, hat das Recht zu erfahren, ob die „öffentliche Hand“ sorgsam mit den Steuermitteln umgeht. Deshalb prüfen unabhängige Instanzen alle öffentlichen Ausgaben. In der EU macht dies seit 1977 der Europäische Rechnungshof in Luxemburg. Die Mitglieder des Rechnungshofes sind völlig unabhängig und dürfen während ihrer Amtszeit keine andere Berufstätigkeit ausüben. Jeder Mitgliedstaat entsendet ein Mitglied an den Rechnungshof. Den Mitgliedern des Rechnungshofes unterstehen etwa 900 Bedienstete, die die Zahlungen der EU prüfen. Der Rechnungshof kontrolliert, ob alle Einnahmen und Ausgaben der EU rechtmäßig und ordnungsgemäß sind. Er überzeugt sich außerdem davon, ob die Haushaltsführung sparsam und wirksam ist.

<http://www.eca.europa.eu/de/>

Das Europäische Parlament, der Rat und die Kommission werden darüber hinaus von zwei Ausschüssen beratend unterstützt:

### Ausschuss der Regionen

Zum Ausschuss der Regionen (AdR) gehören 350 regional und lokal gewählte Vertreterinnen und Vertreter aus den 28 EU-Mitgliedstaaten, die in Brüssel die Interessen der Regionen vertreten. Der AdR muss vom Europäischen Parlament, der Kommission und dem Rat zu EU-Gesetzgebung konsultiert werden, die regionale Bereiche betrifft. Außerdem kann er auch auf Eigeninitiative Stellungnahmen abgeben, wo regionale Interessen betroffen sind.

<http://cor.europa.eu/de/Pages/home.aspx>

### Wirtschafts- und Sozialausschuss

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) ist wie der Ausschuss der Regionen eine beratende Einrichtung der Europäischen Union. Seine ebenfalls 350 Mitglieder kommen aus der organisierten Zivilgesellschaft der 28 Mitgliedstaaten der EU. Sie vertreten Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und andere Interessengruppen, z. B. aus dem Bereich Landwirtschaft und Verbraucherschutz sowie Nichtregierungsorganisationen aus dem sozialen und wirtschaftlichen Bereich. Wie der AdR wird der EWSA vom EP, dem Rat oder der Kommission zu Gesetzesvorschlägen, die in seinen Kompetenzbereich fallen, konsultiert oder gibt auf Eigeninitiative Stellungnahmen ab.

<http://www.eesc.europa.eu/?i=portal.de.home>

### Die Europäische Bürgerbeauftragte: Anwältin der Unionsbürgerinnen und -bürger

Die oder der Europäische Bürgerbeauftragte wird vom Europäischen Parlament für die Dauer einer Legislaturperiode ernannt. Seit Juli 2013 ist die Irin Emily O'Reilly die Europäische Bürgerbeauftragte. Bei der Europäischen Bürgerbeauftragten können sich Bürgerinnen und Bürger aller Mitgliedstaaten der EU oder mit Wohnsitz in einem EU-Land über einen vermuteten Missstand in der Verwaltungstätigkeit der Organe oder anderen Institutionen und Stellen der EU beschweren. Lediglich der Gerichtshof der Europäischen Union ist davon ausgenommen. Auch Unternehmen, Vereinigungen und andere Einrichtungen, die ihren Sitz in der EU haben, können bei der Europäischen Bürgerbeauftragten Beschwerden einreichen. Jedes Jahr erhält die Europäische Bürgerbeauftragte rund 2.000 Beschwerden. Häufigste Gründe für Beschwerden sind unnötig verzögerte oder verspätete Zahlungen, die Verweigerung von Informationen oder Fälle von Diskriminierung.



Die Europäische Bürgerbeauftragte  
Emily O'Reilly

Über die Website der Europäischen Bürgerbeauftragten kann man sich auch das Beschwerdeformular herunterladen:

[www.ombudsman.europa.eu/de/home.faces](http://www.ombudsman.europa.eu/de/home.faces)

Die Bürgerbeauftragte kann auch von sich aus Untersuchungen einleiten und zwischen den Beschwerdeführern und der EU-Verwaltung schlichten. Ihre Entscheidungen sind rechtlich nicht bindend. In den vergangenen Jahren sind die EU-Organen jedoch oft den Empfehlungen gefolgt. Jedes Jahr legt die Europäische Bürgerbeauftragte dem Europäischen Parlament einen Tätigkeitsbericht vor.





## SO ENTSTEHEN EU-GESETZE

Das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union (oft auch „Ministerrat“ genannt), sind die Gesetzgeber der Europäischen Union. Sie entscheiden zusammen im sogenannten „Ordentlichen Gesetzgebungsverfahren“ über einen Großteil der EU-Gesetzgebung.

Das ordentliche Gesetzgebungsverfahren der EU kann aus bis zu drei Lesungen bestehen. Es läuft kurz gefasst folgendermaßen ab:

Von der Europäischen Kommission kommt ein Vorschlag für ein EU-Gesetz. Nicht selten basiert dieser auf einer Aufforderung des Europäischen Parlaments, tätig zu werden. Der Gesetzesvorschlag wird dem Europäischen Parlament und dem Rat vorgelegt.

### Erste Lesung

Dieser Vorschlag wird im EP zunächst in den zuständigen Fachausschüssen beraten und gegebenenfalls verändert. Im Plenum des EP wird dann dieser geänderte Gesetzesvorschlag debattiert und über ihn abgestimmt.

- Wenn das Parlament keine Änderungen annimmt und der Rat den Vorschlag der Kommission ebenfalls akzeptiert, ist das EU-Gesetz ohne Änderungen beschlossen.
- Wenn das Parlament Änderungen beschließt, wird der geänderte Vorschlag dem Rat vorgelegt:
  - a) Der Rat billigt alle Änderungsvorschläge des Parlaments und ändert den Kommissionsvorschlag ansonsten nicht ab → der Rechtsakt ist angenommen.
  - b) Der Rat billigt nicht alle Abänderungen oder lehnt sie ab → der Rat legt mit qualifizierter Mehrheit seinen Standpunkt fest, der dem Parlament übermittelt wird. Er muss das Parlament vollständig über die Gründe unterrichten, die ihn veranlassen haben, seinen Standpunkt festzulegen. Die Kommission unterrichtet das Parlament über ihren Standpunkt.

### Zweite Lesung

Das Parlament verfügt über drei Möglichkeiten:

- Wenn das Parlament den Standpunkt des Rates billigt, gilt der Rechtsakt entsprechend dem Standpunkt des Rates als angenommen.
- Wenn das Parlament den Standpunkt des Rates mit der absoluten Mehrheit seiner Mitglieder ablehnt, gilt der Rechtsakt als nicht angenommen, und das Verfahren ist beendet.
- Wenn das Parlament mit der absoluten Mehrheit seiner Mitglieder Änderungen am Standpunkt des Rates annimmt, wird der Text dem Rat und der Kommission übermittelt, die eine Stellungnahme zu diesen Änderungen abgibt.
  - a) Billigt nun der Rat mit der qualifizierten Mehrheit alle Änderungen des Parlaments, so gilt der Rechtsakt als angenommen.
  - b) Billigt der Rat jedoch die Änderungen des Parlamentes nicht, so teilt er dies dem Parlament mit. Der Präsident des Rates einigt sich dann mit dem Präsidenten des Parlaments auf einen Zeitpunkt und einen Ort für die erste Sitzung des Vermittlungsausschusses innerhalb einer Frist von sechs Wochen.

### Dritte Lesung

Der Vermittlungsausschuss, in dem die Mitglieder des Rates sowie eine gleiche Anzahl von Europaabgeordneten vertreten sind, hat die Aufgabe, eine Einigung auf der Grundlage der Standpunkte des Europäischen Parlaments und des Rates in zweiter Lesung zu erzielen. Er verfügt über eine Frist von sechs Wochen, um einen gemeinsamen Entwurf auszuarbeiten. Der Wortlaut des gemeinsamen Entwurfs kann nicht geändert werden.

- a) Wenn der Vermittlungsausschuss den gemeinsamen Entwurf nicht innerhalb der vorgesehenen Frist billigt, gilt der Rechtsakt als nicht angenommen, und das Verfahren ist beendet.
- b) Wenn der Vermittlungsausschuss den gemeinsamen Entwurf billigt, so wird dieser dem Rat und dem Parlament zur Zustimmung unterbreitet. Rat und Parlament verfügen über eine Frist von sechs Wochen für die Zustimmung, wobei der Rat mit qualifizierter Mehrheit und das Parlament mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen entscheiden. Der Rechtsakt ist angenommen, wenn Rat und Parlament dem gemeinsamen Entwurf zustimmen.

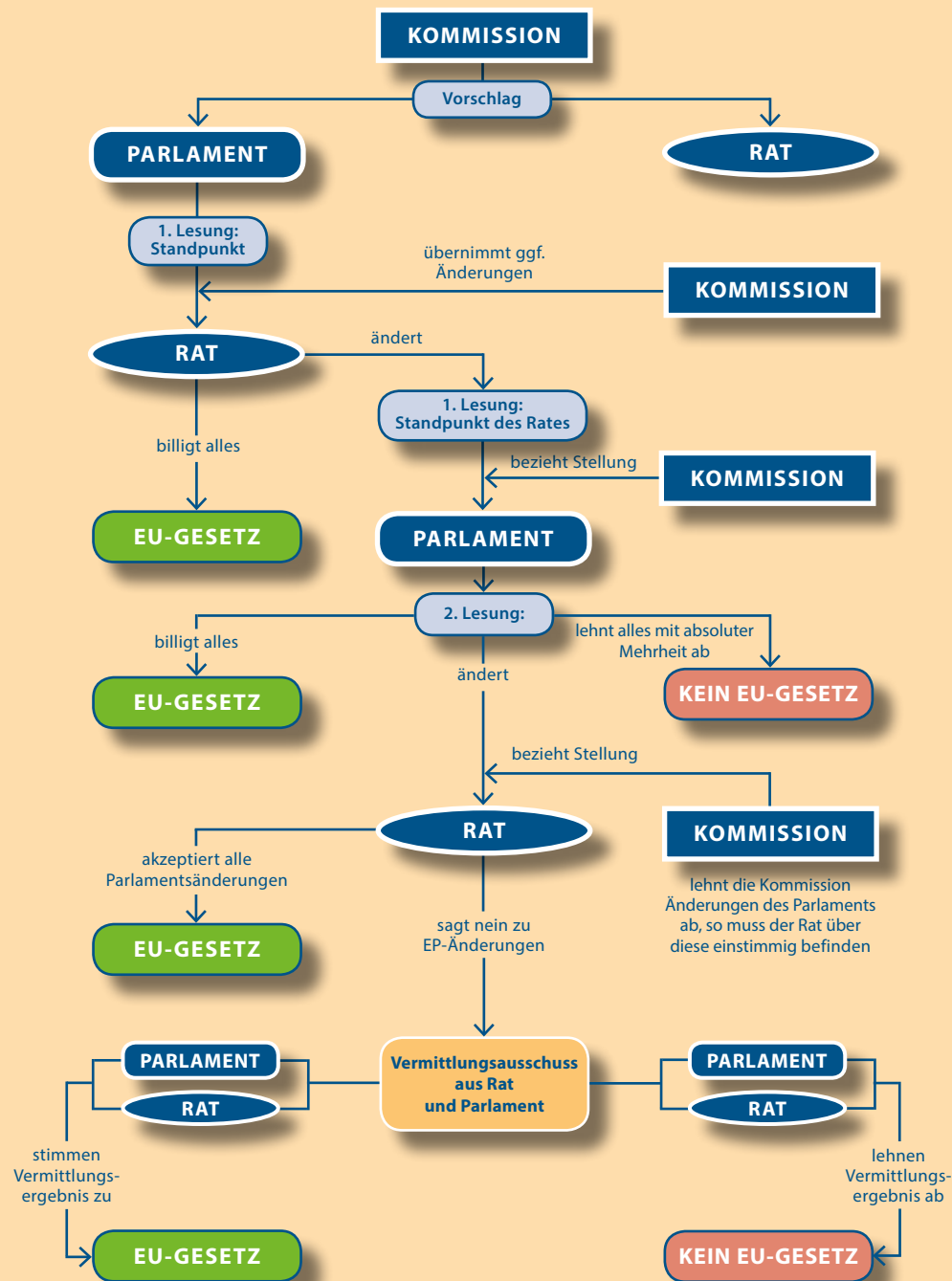
Erst wenn sich also Europäisches Parlament und Rat einig sind, wird ein EU-Gesetz erlassen, ansonsten gilt der Rechtsakt als nicht angenommen. Weitere Informationen zum ordentlichen Gesetzgebungsverfahren:

[www.europarl.europa.eu/aboutparliament/de/0081f4b3c7/Law-making-procedures-in-detail.html](http://www.europarl.europa.eu/aboutparliament/de/0081f4b3c7/Law-making-procedures-in-detail.html)

Das verabschiedete Gesetz wird im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht und tritt entweder zu einem festgelegten Zeitpunkt oder andernfalls am 20. Tag nach seiner Veröffentlichung in Kraft. Das Amtsblatt ist auch über das Internet einsehbar:

<http://eur-lex.europa.eu/oj/direct-access.html>





## Geltung und Arten von EU-Gesetzen

Zum EU-Recht gehören

a) **verbindliche Rechtsinstrumente** wie Verordnungen, Richtlinien und Beschlüsse/ Entscheidungen;

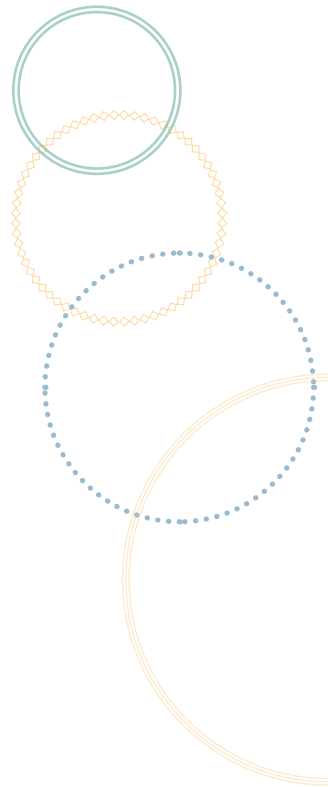
**Verordnungen** der EU sind Rechtsakte mit allgemeiner Geltung. Sie sind in allen ihren Teilen verbindlich und gelten unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

**Richtlinien** der EU sind Rechtsakte, die für jeden Mitgliedstaat, an den sie gerichtet sind, hinsichtlich des zu erreichenden Ziels verbindlich sind. Die Wahl der Form und der Mittel, um dieses Ziel zu erreichen, wird jedoch den Mitgliedstaaten überlassen. Die Mitgliedstaaten müssen den Inhalt der Richtlinien in ihre nationalen Rechtsordnungen übernehmen.

**Beschlüsse** der EU sind in allen ihren Teilen verbindlich; sind sie an bestimmte Adressaten gerichtet, so sind sie nur für diese verbindlich.

**b) nicht verbindliche Instrumente**  
(Empfehlungen und Stellungnahmen) und

c) **andere Instrumente** wie EU-Aktionsprogramme etc.





## JUGEND- UND BILDUNGS-PROGRAMME DER EU

Insbesondere Jugendlichen und jungen Erwachsenen bietet die EU viele Entfaltungsmöglichkeiten und eröffnet ihnen Wege, andere Länder, Sprachen und Kulturkreise kennenzulernen. Die Europäische Union fördert Bildung und gegenseitigen Austausch auf vielfältige Weise.

### Erasmus+

Das EU-Programm für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport, Erasmus+, soll es 2014-2020 mehr als fünf Millionen jungen Europäerinnen und Europäern ermöglichen, im Ausland zu lernen und zu leben. Dafür steht ein Budget von 14,7 Mrd. Euro zur Verfügung. Der Bildungsetat der EU steigt damit um etwa 40 Prozent, wofür sich die Europaabgeordneten in den Haushaltsverhandlungen mit Rat und Kommission eingesetzt hatten. Es kann jungen Menschen dabei helfen, einen Ausbildungsplatz zu erhalten und die notwendigen Fertigkeiten zu erlangen, die ihre Beschäftigungschancen erhöhen. Das Programm soll aber auch zur Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen, zum Beispiel durch Freiwilligenarbeit beitragen.

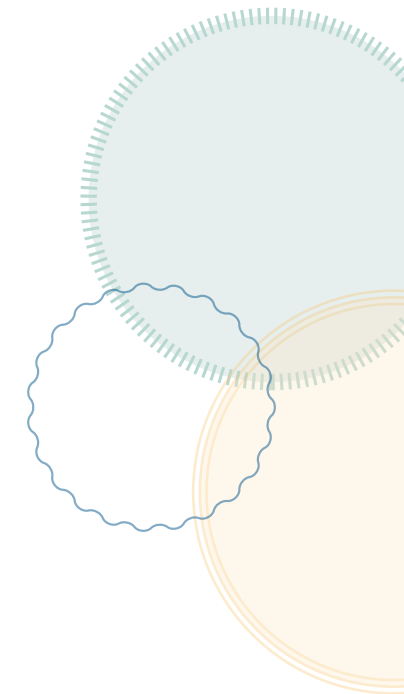
Das Erasmus+-Programm bietet den Rahmen für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und zum ersten Mal auch Sport. Eine neue Ergänzung ist auch ein Garantieinstrument für Studiendarlehen, das von Master-Studierenden für ihre Abschlussarbeit genutzt werden kann.

Informationen zum neuen Erasmus+-Programm:

[http://ec.europa.eu/programmes/erasmus-plus/node\\_de](http://ec.europa.eu/programmes/erasmus-plus/node_de)

Das Jugendportal der EU:

[http://europa.eu/youth/EU\\_de](http://europa.eu/youth/EU_de)







*Euroscola: Schülerinnen und Schüler im Plenarsaal in Straßburg*

### Euroscola-Programm

20 Mal im Jahr kommen rund 600 Schülerinnen und Schüler aus den 28 EU-Mitgliedstaaten für einen Tag im Europäischen Parlament in Straßburg zusammen. Sie diskutieren auf Englisch und Französisch über europäische Politik und aktuelle Themen, dort, wo sonst europäische Politik gemacht wird. Schülergruppen im Alter von 16 bis 19 Jahren aus Deutschland können sich über den Euroscola-Wettbewerb des Informationsbüros des EP in Deutschland für die Teilnahme an diesem Programm qualifizieren.

[www.europarl.de/euroscola](http://www.europarl.de/euroscola)

### Simulationsspiele und Unterrichtsmaterialien

In einem vom Europäischen Parlament angebotenen Simulationsspiel für Schulen zur Einwanderungs- und Asylpolitik schlüpfen Schülerinnen und Schüler in die Rolle von Europaabgeordneten oder vertreten einen Mitgliedstaat der EU im Rat. Sie erleben hautnah, wie politische Entscheidungen entstehen und dass es manchmal sehr schwierig sein kann, einen Kompromiss zu finden. Gemeinsam diskutieren sie die zukünftige Rolle der EU im Hinblick auf die Migrationssituation, die Akzeptanz und Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern.



*Preisverleihung  
Europäischer  
Jugendkarlspreis  
2016*

### Der Europäische Jugendkarlspreis

Jedes Jahr laden das Europäische Parlament und die Stiftung Internationaler Karlspreis zu Aachen junge Menschen im Alter von 16 bis 30 Jahren aus allen Mitgliedstaaten ein, an einem Wettbewerb für den Jugendkarlspreis zu den Themen Entwicklung der EU, europäische Integration und europäische Identität teilzunehmen.

Der Preis wird an Projekte junger Menschen verliehen, die zur Verständigung beitragen, die Entwicklung eines gemeinsamen Bewusstseins für die europäische Identität fördern und praktische Beispiele für das Zusammenleben der Europäerinnen und Europäer als Gemeinschaft liefern.

Der EU-weite mit insgesamt 10.000 Euro dotierte Jugendkarlspreis wird unter den 28 nationalen Gewinnern der EU-Mitgliedstaaten vergeben. Alle Preisträgerinnen und Preisträger werden auch zu einem Besuch beim Europäischen Parlament (in Brüssel oder Straßburg) eingeladen.

Alle Informationen zum Europäischen Karlspreis für die Jugend:

<http://www.charlemagneyouthprize.eu/de>

### European Youth Event

Seit 2014 findet alle zwei Jahre das European Youth Event (EYE) statt. Drei Tage lang treffen sich mehr als 7.000 Jugendliche aus ganz Europa in Straßburg im und rund um das Europäische Parlament, um sich in zahlreichen Veranstaltungsformaten auszutauschen und Ideen für ein besseres Europa zu sammeln.

<http://www.europarl.europa.eu/european-youth-event/de/home/home.html>



## PREISVERLEIHUNGEN DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

### Lux-Filmpreis

Seit 2007 verleiht das Europäische Parlament jährlich den LUX-Filmpreis, um den kulturellen Reichtum und die Vielfalt der europäischen Filmindustrie zu fördern. Dabei soll insbesondere die öffentliche Debatte über Europa angeregt und die Verbreitung europäischer Koproduktionen innerhalb der Europäischen Union unterstützt werden.

Jedes Jahr werden von einer LUX-Jury aus Filmschaffenden sowie Filmkritikerinnen und Filmkritikern zehn Filme für den Wettbewerb nominiert. Drei Filme kommen dann als Finalisten in die Endausscheidung. Sie werden – untertitelt in alle 24 Amtssprachen der EU – bei den sogenannten LUX-Filmtagen in allen 28 Mitgliedstaaten der EU gezeigt.



*Verleihung des LUX-Filmpreises 2015 für den Film „Mustang“ in Straßburg*

2015 waren die Filme „Mediterranea“ von Jonas Carpignano, „Mustang“ von Deniz Gamze Ergüven und „Urok“ (Die Lektion) von Kristina Grozeva und Petar Valchanov in der Endausscheidung. Im November 2015 wählten die Europaabgeordneten den Film „Mustang“ zum Gewinner des LUX-Filmpreises 2015.

<http://www.luxprize.eu/>





Sacharow-Preisträger 2015 Raif Badawi

### Sacharow-Preis für geistige Freiheit

Mit dem jährlichen Sacharow-Preis für geistige Freiheit würdigt das Europäische Parlament seit 1988 Einzelpersonen oder Organisationen, die sich mit viel Mut und Engagement weltweit für die Menschenrechte und Grundfreiheiten einsetzen.

Der Preis ist mit 50.000 Euro dotiert. Zu den bisherigen Preisträgerinnen und Preisträgern gehören zum Beispiel Nelson Mandela, Malala Yousafzai, Jafar Panahi und Nasrin Sotoudeh.

2015 erhielt Raif Badawi den Sacharow-Preis. Raif Badawi ist ein Blogger, Schriftsteller und Aktivist aus Saudi-Arabien. Er wurde 2012 festgenommen und wegen „Beleidigung des Islam“ auf seiner Online-Plattform für Debatten über Politik und Religion „Free Saudi Liberals“ zu zehn Jahren Haft, 1.000 Peitschenhieben und einer hohen Geldstrafe verurteilt.

<http://www.europarl.europa.eu/sakharovprize/de/home/the-prize.html>



Die Gewinnerinnen und Gewinner des Europäischen Bürgerpreises 2015 bei der Preisverleihung in Brüssel

### Europäischer Bürgerpreis

Seit 2008 gibt es den Europäischen Bürgerpreis. Mit diesem Preis zeichnet das EP Bürgerinnen und Bürger oder auch Organisationen und Vereine aus, die die europäischen Werte und die Zusammenarbeit zwischen den Menschen in Europa in herausragender Weise verkörpern und durch ihre Aktivitäten fördern. Aus einer Liste von Vorschlägen der Europaabgeordneten wählt eine Jury des Europäischen Parlaments die endgültigen Preisträgerinnen und Preisträger aus.

2015 wurden europaweit 47 Projekte, Initiativen und Einzelpersonen ausgezeichnet, davon vier aus Deutschland. Das Europäische Parlament verlieh die Bürgerpreis-Medaille:

- dem **Internationalen PAMINA Nachwuchsschwimmfest** in Bad Bergzabern,
- dem Verein für Bildung und Fortbildung **Gemeinsam leben und lernen in Europa e.V.** aus Passau,
- der grenzüberschreitenden Donauländer-Initiative **ILEU e.V. – „Die gewollte Donau“** aus Ulm und
- dem Friedenspianisten **Davide Martello** aus Konstanz.

[http://www.europarl.de/de/aktuell\\_presse/preise\\_wettbewerbe/buepreis2015.html](http://www.europarl.de/de/aktuell_presse/preise_wettbewerbe/buepreis2015.html)

## Impressum

**Herausgeber:** Europäisches Parlament,  
Informationsbüro in Deutschland

**Autor und Redaktion:** Europäisches Parlament,  
Informationsbüro in Deutschland

### Bildnachweis/Copyright:

Titel: © Europäische Union 2016, Europäisches Parlament  
Louise Weiss Gebäude: © Architecture Studio

Fotodienst der Europäischen Kommission:

Seiten 10 (European Union 2015, Foto Günter Schiffmann),  
12 links (European Union 2012, Foto Beate Kloiber), 12 rechts  
(European Union 2012), 35 (European Union 2015, Foto  
Lieven Creemers)

Fotodienst des Europäischen Parlaments: Seiten 6, 8 (Euro-  
pean Union 2016), 11 (European Union 2012), 14 (European  
Union 2015, © Architecture Studio), 17 (European Union  
2016), 18 (European Union 2016), 19 (European Union 2014),  
20 (European Union 2016), 22 (European Union 2016),  
23 (European Union 2016), 24 (European Union, Büros der  
Abgeordneten), 28, 29 (European Union 2016), 32 (European  
Union 2016), 33 (European Union 2014), 34 oben (European  
Union 2014), 34 unten (European Union 2013), 37 unten (Eu-  
ropean Union 2016), 39 (European Union 2014), 40 (European  
Union 2016), 46 (European Union 2014), 48 (European Union  
2015), 49 (European Union 2016), 50 (European Union 2014),  
51 (European Union 2015), 52 (European Union 2015),  
53 (European Union 2015)

Rat der Europäischen Union: Seiten 9, 30, 31

Gerichtshof der Europäischen Union: Seite 36

Europäische Zentralbank: Seite 37 oben (EZB 2015,  
Foto Norman Kriese)

Michael Jungbluth: Seiten 25, 26/27

### Statistische Daten:

Europäische Kommission

### Grafik/Layout:

Andrea Heine-Jungblut, Grafik-Design, Bremen

**Druck:** Imprimerie Centrale SA, Luxemburg

Redaktionsschluss: 30.06.2016

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des Euro-  
päischen Parlaments. Sie wird kostenlos abgegeben und ist  
nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf nicht für Zwecke  
der Wahlwerbung politischer Parteien und nicht für kommer-  
zielle Zwecke verwendet werden. Für die Richtigkeit der An-  
gaben übernimmt das Europäische Parlament keine Gewähr.  
Alle Fotos, Bilder, Infografiken sowie die Gestaltung sind  
urheberrechtlich geschützt.

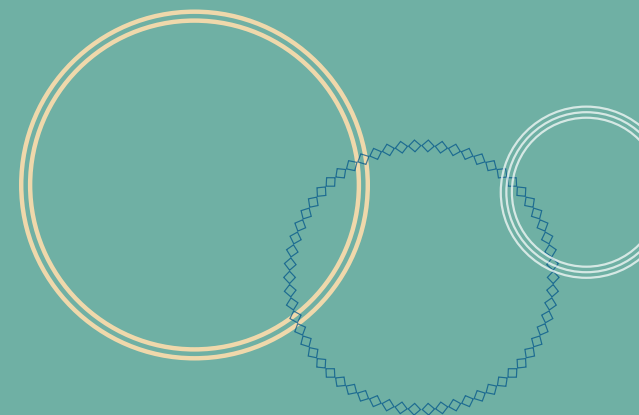
**ISBN: 978-92-823-9290-4 (Druckversion)**

**doi: 10.2861/9106 (Druckversion)**

**ISBN: 978-92-823-9289-8 (PDF-Version)**

**doi: 10.2861/401290 (PDF-Version)**

© European Union, 2016





ISBN: 978-92-823-9289-8

doi: 10.2861/401290